



Protest im Süden des Landes gegen das Mullah-Regime. Der Sohn des Schahs, Reza Pahlavi, will den Iran regieren. Bilder: Key/AFP

Proteste bringen Irans Regime ins Wanken

Wiederholt sich die Geschichte der islamischen Revolution von 1978?

Michael Wrase

Die Wut der Menschen auf das Regime ist gewaltig. Vor allem im Westen des Landes, wo die Armut am grössten ist, gehen immer mehr Iranerinnen und Iraner auf die Strasse.

Die in den Millionenstädten Teheran, Isfaha und Schiraz geübte relative Zurückhaltung haben die Schergen der Mullahs in den Provinzen längst abgelegt. Mit erbarmungsloser Härte versuchen sie dort, die Proteste niederzuschlagen. Mindestens 38 Menschen, so Menschenrechtsorganisationen, wurden bisher getötet, mehr als 200 verletzt und über 1200 Iraner verhaftet.

In den sozialen Medien kursieren Berichte, die nahelegen, dass die Erdölstadt Abadan sowie einige überwiegend von Kurden, Aserbeidschanern und Luren bewohnte Städte inzwischen von der Protestbewegung kontrolliert werden. Polizei und Armee hätten dort die Seiten gewechselt. Gegenwärtig ist das nur schwer verifizierbar.

Angesichts der hochexplosiven Lage in seinem Heimatland hat der in den USA lebende Sohn des Schahs, Reza Pahlavi, die iranische Bevölkerung aufgefordert, heute Donnerstag sowie morgen Freitag ab 20 Uhr abends «in Massen» auf die Strassen zu gehen. Weitere «Aufrufe zur Aktion», sagte er, würden folgen.

Bei seinem über das Internet verbreiteten Aufruf vermittelte Reza Pahlavi einen energischen Eindruck. Ob er sich mit seinen zunehmend dynamischeren Auftritten als potenzieller Nachfolger der Mullahs positionieren kann, bleibt jedoch unklar. Pahlavi gilt im Moment als Wunschkandidat der USA und von Israel und wird vor allem in den sozialen Medien mit Zehntausenden von Postings massiv unterstützt.

Wunsch nach einem starken Anführer

Da Lage der Menschen im Iran verschlechtere sich sowohl materiell als auch mental derzeit täglich, sagte der iranische Wirtschaftsexperte Said Laylas in einem Gespräch mit dem Fernsehsender Euronews. Die Bevölkerung sehne sich daher nach einer Art «Napoleon Bonaparte», der das Land wieder in die Spur bringe.

Was die Iraner angesichts von 55 Prozent Inflation und Währungszerfall jetzt wollten, sei vor allem Effizienz. Laut Laylas könnte «dieser Bonaparte» auch aus Kreisen des Regimes kommen – vorausgesetzt, die gegenwärtigen Machthaber würden abtreten. Schliesslich würden auch Staaten wie Saudi-Arabien, Ägypten oder Russland von «starken Anführern» regiert werden.

Als Zeitfenster nennt Laylas die nächsten zwei Monate. Einen grundlegenden politischen Wandel werde es in dieser Zeit auf jeden Fall geben. Nach Informationen des persischen Dienstes der BBC gehen die Menschen in mehr als 50 iranischen Grossstädten inzwischen auf die Strassen. Darunter sind auch die für Schiiten heiligen Städte Ghom und Maschhad, die traditionell als äusserst loyal gegenüber der Islamischen Republik gelten.

Klägliche Rolle des Präsidenten

Die Unruhen in diesen Städten seien «sehr aussagekräftig» und ein Beweis dafür, dass «auch die Unterstützerbasis der Regierung wegen der katastrophalen wirtschaftlichen Lage am Schwinden ist», sagte Sina Azodi, Direktor für Nahoststudien an der George Washington University, der BBC.

Irans Staatspräsident wisse angesichts der sich zuspitzenden Lage weder ein noch aus. In einer Rede gab Massud Peseschkian am Dienstagabend zu, dass die wirtschaftliche Lage inzwischen «ausserhalb der Kontrolle seiner Regierung» liege. Versuche, die dramatisch steigende Inflation zu stoppen, seien zum Scheitern verurteilt, «weil zusätzliches Geld drucken die Leiden der Ärmsten nur noch verschärfen würden», gab der iranische Staatschef mit bemerkenswerter Offenheit zu. Weiter verkündete er: «Wir Iraner müssen jetzt den Gürtel noch enger schnallen.»

Ob die mehr als 90 Millionen Iraner dazu bereit sind, ist höchst fraglich. Am vorletzten Wochenende, als die iranische Währung auf ein historisches Tief von 1,46 Millionen Rial gegenüber dem Dollar fiel, gingen sie erstmals seit langem in Massen auf die Strasse. 12 Tage später haben sich die landesweiten Proteste weiter verschärft.

Im Grossen Basar von Teheran, einem Ort mit historischer Symbolkraft, kam es am Dienstag erstmals zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Vorausgegangen war eine friedliche Sitzblockade der Händler, die von der Regierung beschuldigt werden, mit dem Horten von Grundnahrungsmitteln die schwere Versorgungskrise im Iran zusätzlich verschärft zu haben.

Einen Konflikt mit den Basarhändlern kann sich das islamistische Regime im Iran eigentlich gar nicht leisten: Schliesslich waren es die Basaris, die während der islamischen Revolution von 1978 mit wochenlangen Streiks den Fall des Schahs von Persien eingeleitet hatten.

Ausgangspunkt war damals die an den Irak grenzende iranische Ölprovinz Chusistan, wo nach einem Brand in einem Kino in der Stadt Abadan, bei dem 400 Menschen ums Leben kamen, die folgenschweren Unruhen ausbrachen.